DSTG

Sonderrund-schreiben

Mitgliederinformationen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Hamburg e.V.

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Jürgens **Ausgabe Dezember 2004**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in unserem Sonderrundschreiben im Dezember 2004 berichten wir über folgende Themen:

- Arbeitgeber: Pensionen weiter kürzen
- Offener Brief des DBB-Bundesvorsitzenden Peter Heesen
- DSTG: Steueramnestie ein „kapitaler Flop“
- Alterseinkünftegesetz: Rentensteuer wird erst 2006 wehtun
- Geburtstagsliste
- Liste der verstorbenen Kolleginnen und Kollegen 2004

Arbeitgeber: Pensionen weiter kürzen!
BRH rügt Aufruf zum Rechtsbruch – Brief an Präsident Hundt

Die Broschüre der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände „Beamtenprivilegien in der Altersversorgung beseitigen“ enthält die Aufforderung an die Dienstherren zum Rechtsbruch, hat der BRH-Bundesvorsitzende Dr. Herbert Bartsch in einem Schreiben an den BDA-Präsidenten Dr. Dieter Hundt beanstandet. In der Broschüre werde offen gefordert, dass der Staat die Verpflichtungen, die er gegenüber seinen Pensionären eingegangen ist, durch weitere Kürzungen verletzen soll.

Neue Eingriffe

In dem Papier wird empfohlen, das Niveau heutiger Beamtenpensionen weiter zu reduzieren, denn die schrittweise Absenkung der Versorgungsbezüge von höchstens 75 auf 71,75 Prozent reiche nicht aus. Die „Durchschnittspension“ sei wesentlich höher als die „Durchschnittsrente“. Noch besser sei es, „sich gleich vom überholten System der Gesamtversorgung im Beamtenrecht zu verabschieden“, heißt es in dem Papier weiter. Dienstbezüge sollten in Zukunft nur noch bis zu einer Höchstgrenze ruhegehaltfähig sein. Der erhöhte Beihilfesatz von 70 Prozent für Pensionäre müsse auf maximal 50 Prozent begrenzt werden. Alle Reformen in der Rentenversicherung seien „zeit- und wirkungsgleich“ auf die Pensionen zu übertragen. In dem Papier wird darüber hinaus eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Status des Beamten gefordert.

Versorgungen erarbeitet

In dem Schreiben an die Arbeitgeberverbände (BDA) verweist der BRH-Bundes-vorsitzende darauf, dass die heutigen Pensionäre ihre Altersversorgung in langen Jahren treuer Pflichterfüllung erarbeitet haben. Sie seien maßgebend daran beteiligt gewesen, Deutschland nach der Katastrophe von 1945 wieder aufzubauen und ihm zu seinem heutigen Status zu verhelfen. Das BDA-Papier sei nur verständlich aus der augenblicklichen Situation, in der Deutschland unter der Last von über 4 Mio. Arbeitslosen ächze. Die heutigen Pensionäre hätten einen großen Teil ihrer Dienstzeit in den Zeiten der Vollbeschäftigung geleistet und seien oft genug für ihre Berufswahl als unfähig oder faul belächelt worden. Sie hätten verzichtet auf andere Lebenschancen, weil sie vertraut haben auf die Zusage, dass sie im Alter nach erfülltem Berufsleben eine Versorgung von 75 Prozent ihrer letzten Bezüge erhalten. Diese Zusage sei schon durch die Absenkung des Versorgungsniveaus gebrochen worden. Die Pensionäre hielten einen Bescheid in Händen, auf dem ein Prozentsatz verbrieft sei, der tatsächlich nicht gewährt werde. Wer weitere Einschnitte fordere, der wolle den Staat offenbar dazu veranlassen, die Zusagen, die er in der Vergangenheit gemacht hat, zu brechen.
Nachdrücklich verweist der BRH-Bundesvorsitzende auf die betriebliche Altersversorgung, für die keine Eingriffe verlangt werden, die im Gegenteil sogar ausgebaut werden solle. In den Zeitungen sei zu lesen, welche Altersversorgungen sich Führungskräfte der Wirtschaft von ihren Betrieben hätten zusagen lassen, oft ohne hinreichende Kenntnis der Aktionäre. Absurd werde die Situation bei solchen Ruheständlern der privaten Wirtschaft, deren Altersversorgung, anknüpfend an die früher stilbildende Pension, selbst einen bestimmten Prozentsatz der letzten Vergütung betrage. Diese Versorgungen für Führungskräfte, deren „Performance“ durchaus nicht in allen Fällen überzeugend ausgefallen sei, wolle auch der BDA nicht kürzen. Im Übrigen habe das Bundesarbeitsgericht stets betont, dass die Betriebsrenten ausgeschiedener Mitarbeiter nur unter ganz strengen Maßstäben gekürzt werden können. Hier messe der BDA offenbar mit zweierlei Maß. Da solle man auch nicht, so meint der BRH-Bundesvorsitzende weiter, mit der gern zitierten „besonderen Verantwortung“ der Manager kommen. Ein Spitzenbeamter in einem Ministerium, ein Richter, ein Admiral, der ein Schiff kommandiert, tragen mitnichten geringere Verantwortung als das Vorstandsmitglied einer Großbank.

Gut ausgebildete Mitarbeiter erforderlich

Die Anforderungen an den öffentlichen Dienst seien in den letzten Jahren ständig gewachsen. Das müsse auch in besseren Vergütungen und Versorgungen zum Ausdruck kommen, heißt es in dem BRH-Schreiben weiter. Effiziente Verwaltung sei heute nicht mehr denkbar ohne vollständige elektronische Vernetzung. Wie wollten die öffentlichen Arbeitgeber die erforderlichen hochqualifizierten Mitarbeiter gewinnen angesichts der Vergütungen, die die Besoldungstabellen heute hergeben? Und wohin werde es führen, wenn sich die Verwaltungen bei anziehender Konjunktur die Besten wieder gegenseitig abwürben? Gute Leute werden, so sei zu befürchten, angesichts der bevorstehenden Zersplitterung der Besoldungssysteme vor allem damit beschäftigt sein, ihren eigenen Marktwert zu erhöhen.
Nachdrücklich widerspricht der BRH dem Vergleich der Rente aus „Durchschnittsverdienst“ mit der „Durchschnittspension“. In den „Durchschnittsverdienst“ flössen auch ein die Sozialabgaben der Hausfrauen, der Studenten, der Kleinst- und Gelegenheitsverdiener oder der Freiberufler, die anderweitig vorsorgen. Das alles könne nicht verglichen werden mit den Pensionen der Beamten, die ihr gesamtes Berufsleben in den Dienst einer Körperschaft

gestellt haben. Unzulässig sei aber auch der Vergleich der „Durchschnittsrente“ eines langjährig Versicherten mit der „Durchschnittspension“, weil die gestiegenen Anforderungen an den öffentlichen Dienst auch in der Besoldungsstruktur Ausdruck finden müssen. Der Bürger verlange Schulen mit guten Lehrern, Hochschulen mit hervorragenden Professoren, Gerichte mit qualifizierten Richtern und Rechtspflegern, allgemeine Verwaltungen mit bestens ausgebildeten Beamten. Wer das alles übersehe, und die Durchschnittsbeträge vergleiche, der manipuliere die öffentliche Meinung. Dabei werde die betriebliche Altersversorgung noch souverän übersehen. In der BDA-Broschüre heiße es dazu, der „durchschnittliche Betriebsrentenanspruch“ liege bei weniger als 100 Euro. Auch dies sei irreführend, denn nur Großbetriebe könnten mit dem Großbetrieb öffentlicher Dienst verglichen werden. Im Übrigen sei die betriebliche Altersversorgung gerade unter den besser Ausgebildeten wesentlich günstiger.

Kostenlücke bei abgesenktem Beihilfesatz

Wer empfehle, den Beihilfesatz abzusenken, dem sei es offenbar gleichgültig, dass ein heute 80-Jähriger nicht mehr in der Lage sei, eine solche Lücke durch Aufstockung seines Krankenversicherungsschutzes zu decken. Entweder diese Aufstockung ist rechtlich nicht möglich oder sie ist im Ergebnis angesichts des Alters des Pensionärs unbezahlbar. Das Berufsbeamtentum sei auch für die Zukunft unverzichtbar. Es sei nicht um der Beamten, sondern um das Gemeinwohls da. Der Beamte, der auch dem Bürger, sogar seinem Vorgesetzten bisweilen „wehtun“ müsse, benötige einen Status, der ihm die erforderliche innere Freiheit für seine Dienstausübung gewährt.
Zusagen müssen eingehalten werden, schreibt Dr. Bartsch abschließend. Darauf berufe sich jedes Mitgliedsunternehmen des BDA, wenn es von dem Vertragspartner, der unterschrieben hat, die Erfüllung seiner Verpflichtung verlangt. In gleicher Weise könnten die heutigen Pensionäre verlangen, dass die Zusagen, die ihnen gegenüber gemacht werden, eingehalten werden müssen.

Wer in seiner Wagenburg verharrt, kommt nicht voran

Offener Brief des DBB-Bundesvorsitzenden Peter Heesen

Mit einem offenen Brief hat sich der DBB-Bundesvorsitzende Peter Heesen im vergangenen Monat an die 1,2 Millionen Mitglieder seiner Organisation gewandt und darin die drohenden Gefahren für den öffentlichen Dienst aufgezeigt. Der DBB-Chef erläutert ferner die Notwendigkeit, mit konstruktiven Vorschlägen auf der Basis des vom DBB-Bundesgewerkschaftstag 2003 verabschiedeten Reformmodells 21 verlässliche Perspektiven für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mitzugestalten. Nachstehend veröffentlichen wir den vollen Wortlaut des Berliner DBB-Dokuments.

Liebe Kollegin, lieber Kollege,
wir stehen zusammen vor einem Herbst mit großen Herausforderungen. Als Beschäftigte oder Beschäftigter im öffentlichen Dienst haben Sie in jüngster Zeit schon schwer zu akzeptierende Zumutungen hinnehmen müssen. So empfindlich Sie davon bereits betroffen sein: Die aktuell von einigen Politikern geplanten Veränderungen für den öffentlichen Dienst würden alle bisherigen Einschnitte in den Schatten stellen.

So beabsichtigt die nordrhein-westfälische Landesregierung immer noch, das Berufsbeamtentum über Bord zu werfen und ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen. Andere Länder wollen Artikel 33 des Grundgesetzes so ändern, dass die Schutzvorschriften für Beamte, die als Ausgleich für das Streikverbot nötig sind, gestrichen werden. Viele Länder arbeiten in der Föderalismuskommission mit Nachdruck daran, die Bundeseinheitlichkeit von Dienstrecht und Besoldung zu zerschlagen; sie wollen die Bezahlung ihrer Bediensteten nach Gutsherrenart im Alleingang regeln. Können Sie sich vorstellen, was für ein Bezahlungschaos 17 separate Besoldungsordnungen in Deutschland hervorrufen würden? Die Folge wäre ein Kürzungswettlauf: Ohne einheitliche Rahmensetzung des Bundes würde sich die Bezahlungsschraube unaufhaltsam nach unten drehen. Das ist nicht modern, das ist der Rückfall in anachronistische Kleinstaaterei.

Auch im Tarifbereich stehen die Zeichen auf Sturm: Der Tarifgemeinschaft deutscher Länder droht der endgültige Zerfall. Die Austritte einzelner Länder haben nur ein Ziel: die Kürzung des Einkommen und die Verlängerung der Arbeitszeit. Immer neue Eingriffe in die Sozialversicherungssysteme bedeuten für Angestellte und Arbeiter weitere Belastungen, die mit fadenscheinigen Begründungen und ohne Rücksicht auf die unterschiedlichen Grundlagen der Systeme und deren Eigenständigkeit auf die Beamten übertragen werden. Der langfristige Schaden in den Strukturen des öffentlichen Dienstes steht in keinem Verhältnis zu kurzfristigen Haushaltsentlastungen.

Wie Sie wissen, stellen sich der DBB und seine Mitgliedsgewerkschaften diesen Kahlschlagplänen mit konstruktiven Vorschlägen entgegen. Der Gewerkschaftstag 2003 in Leipzig hat mit dem Reformmodell 21 zukunftsweisende Lösungen vorgelegt. Wir wollen gemeinsam mit der Politik Veränderungen herbeiführen, die den tatsächlichen Bedürfnissen des öffentlichen Dienstes, den Erwartungen der Bürger und den Interessen seiner Beschäftigten gerecht werden. Dazu brauchen wir keine Verfassungsänderung und keine Kompetenzverlagerung. Wir wollen ein modernes Laufbahnrecht mit leistungsorientierter Bezahlung und eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, den Erhalt der Tarifautonomie und die Fortführung des Flächentarifvertrages.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, wer in der Wagenburg verharrt, kommt kein Stück voran. Es wird auf jeden Fall Veränderungen geben, und wir haben uns entschlossen, ihre Ergebnisse mitzugestalten. Die Verhandlungen mit dem Bundesinnenminister zur Umsetzung des Reformmodells 21 sind in ihrer entscheidenden Phase. Sicherlich beinhaltet jedes Verhandlungsresultat auch Kompromisse. Lassen Sie uns dennoch die Chancen zur Veränderung gemeinsam nutzen, um den öffentlichen Dienst auf tragfähige Fundamente zu stellen, seine Zukunft zu sichern und für die Beschäftigten verlässliche gute Perspektiven zu schaffen!

Peter Heesen, DBB-Bundesvorsitzender

DSTG: Steueramnestie ein „kapitaler Flop“

Einen „kapitalen Flop“ sieht der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) im DBB und stellvertretende DBB-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek in der von der Bundesregierung gesetzlich initiierten Steueramnestie. Die DSTG im DBB habe, so der DSTG-Chef am 9. September 2004 gegenüber dem Bayerischen Rundfunk (BR), bereits während des Gesetzgebungsverfahrens darauf hingewiesen, dass die erhofften fünf Milliarden Euro an Steuermehreinnahmen ein Wunschtraum bleiben würden, wenn nicht gleichzei-

tig der Ermittlungsdruck verstärkt werde. Dieter Ondracek: „Viele der Steuersünder, die ihre Schätze seit Jahren im Ausland gebunkert haben, stellen sich natürlich die Frage, warum soll ich diesen Schatz nun offenbaren sowie 25 Prozent Steuern zahlen und sogar künftig den ‚ehrlichen' Steuersatz entrichten, wenn die Alternative, Null zu zahlen, weiterhin gefahrlos bleibt. Wir schätzen, dass bis Ende Juli noch keine 400 Millionen Euro in der Kasse gelandet sind. Selbst wenn man davon ausgeht, dass zum Jahresschlussspurt noch einige mehr diesem Lockangebot folgen, wird bestenfalls eine Milliarde Euro Mehreinnahmen erreichbar sein."
Darüber hinaus bleibt der DSTG-Bundesvorsitzende und DBB-Vize bei seiner grundsätzlichen Kritik an der Amnestie. „Wenn der Staat denen, die ihn zunächst betrügen, einen Großteil der Beute belässt und von einer Bestrafung freistellt, muss sich im Nachhinein der ehrliche Steuerzahler als der Dumme vorkommen." Gleichwohl sei die Amnestie jetzt geltendes Recht und zudem wirtschaftlich ein Schnäppchen, im Regelfall drei- bis fünfmal günstiger als die herkömmliche Selbstanzeige.

Alterseinkünftegesetz: Rentensteuer wird erst 2006 wehtun

Ab 2005 werden Leibrenten nachgelagert besteuert. Einer verschärften Steuerpflicht unterliegen auch die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und die Hinterbliebenenrenten. Bemerken werden die Rentner die erhöhte Steuerpflicht erst im Jahr 2006 oder gar erst 2007, wenn sie von den Finanzämtern aufgefordert werden, Steuererklärungen abzugeben. Es besteht keine Verpflichtung, vorher selbst aktiv zu werden. Durch das vorgesehene Verfahren kann es allerdings zu Steuernachzahlungen kommen.

Keine Quellensteuer

Der Gesetzgeber hat erwogen, es aber letztlich abgelehnt, die Renten an der „Quelle", also beispielsweise bei den Rentenversicherungsträgern, zu besteuern, die Steuer dort also gleich abzuziehen. Das hätte nämlich zur Folge gehabt, dass alle Rentner zunächst der Steuerpflicht unterworfen gewesen wären, was einen hohen Verwaltungsaufwand gefordert hätte, obwohl nach allgemeiner Ansicht auch in Zukunft nur von einem Bruchteil der Leibrenten Steuern abzuführen sein werden. Die Rentenversicherungsträger könnten Steuern im Übrigen auch nur von den bei ihnen anfallenden Renten abziehen, nicht aber von anderen Versorgungsbezügen. Steuern werden aber künftig vor allem in solchen Fällen zu zahlen sein, in denen Renten mit andere Alterseinkünften zusammentreffen.
Für das Besteuerungsverfahren ist vorgesehen, dass die Träger der Rentenversicherung, der Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen (GLA), die Pensionskassen und –fonds, die berufsständischen Versorgungseinrichtungen und die privaten Versicherungsunternehmen die von ihnen gezahlten Renten einmal jährlich ermitteln. Dazu wird bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte eine neue Abteilung, die Zentrale Zulagestelle für Altersvermögen (ZfA), gebildet. Dort laufen die Rentenbezugsmitteilungen der Versicherungsträger für Rentner zusammen. Die ZfA sammelt sie, ordnet sie dem Rentner zu und übermittelt sie den Landesrechenzentren, die nun in einem automatischen Verfahren eine Vorauswahl treffen, ob voraussichtlich eine Steuerpflicht vorliegt. Das Ergebnis wird dann dem örtlich zuständigen Finanzamt mitgeteilt, das den Rentner dann zur Abgabe der Steuererklärung auffordert.

Nachzahlungen möglich

Dazu ist es erforderlich, dass jeder Rentner eine elektronische Identifikationsnummer erhält, die bis zu seinem Lebensende unverändert bleibt. Diese Nummer soll künftig die Steuernummer ersetzen. Vorarbeiten werden frühestens Anfang 2006 beginnen und voraussichtlich nicht vor 2007 abgeschlossen sein. Erst dann, schätzen Fachleute, werden die bis dahin wahrscheinlich gut beschäftigten Finanzämter die Rentner mit mehreren Einkünften zur Abgabe einer Steuererklärung auffordern können. Damit aber entsteht gleichzeitig die Gefahr von Nachzahlungsverpflichtungen, denn die erhöhte Steuerpflicht beginnt, wie eingangs dargestellt, im Jahr 2005. Das könnte zur Folge haben, dass im Jahr 2007 die Nachforderungen für die beiden Vorjahre gestellt werden.

Sünden werden sichtbar

Dann könnten auch die Sünden aus der Vergangenheit sichtbar werden, wenn Rentner auf Grund ihrer Altersbezüge schon bisher zur Einkommensteuer hätten veranlagt werden müssen. Der Bundestag hat dazu heftig über einer „Rentner-Amnestie“ nachgedacht, sie aber letztlich für nicht erforderlich gehalten. Es wird sich zeigen, ob er damit Recht behält. Wer Folgen zu befürchten hat, sollte jedenfalls rechtzeitig sachkundigen Rat einholen. Ähnliches gilt auch für diejenigen, die ab 2005 erstmals mit einer Steuerpflicht rechnen müssen, denn es ist sehr die Frage, ob sie gut beraten sind, wenn sie zunächst bis 2007 abwarten und sich dann erheblichen Nachforderungen ausgesetzt sehen.

Geburtstagsliste

Als Anlage zu diesem Rundschreiben liegt eine Geburtstagsliste für das Jahr 2005 bei.

Liste der verstorbenen Kolleginnen und Kollegen 2004

Als Anlage zu diesem Rundschreiben liegt eine Liste der verstorbenen Kolleginnen und Kollegen des Jahres 2004 bei.
Wir werden unsere verstorbenen Kolleginnen und Kollegen in Erinnerung behalten.

Als Abschluß dieses Rundschreibens wünschen wir – Michael Jürgens als Landesverbandsvorsitzender und ich als Ortsverbandsvorsitzender – allen Kolleginnen und Kollegen ein schönes Weihnachtsfest im Kreise der Familie, Bekannten und Freunden, ein glückliches Jahr 2005, und allen erkrankten Kolleginnen und Kollegen eine baldige Genesung.

Es grüßen Sie herzlich

Michael Jürgens
Vorsitzender

Peter Wagner
OV-Vorsitzender

Anlage

Hamburg, im Dezember 2004

Geburtstagsliste der Ruheständler 2005

Geburtstagsliste der Ruheständler 65 Jahre

09.01.1940 Gudrun Nagel
28.01.1940 Marianne Bellmann

01.02.1940 Erika Ohlmann

09.04.1940 Dieter Wulff
15.04.1940 Hanne Doll
18.04.1940 Jürgen Brockhöfft

02.05.1940 Bernd Brütt
05.05.1940 Peter Postner
07.05.1940 Helke Stegelmann
15.05.1940 Kurt-Dieter Roth

19.06.1940 Jürgen Drenckhahn

24.07.1940 Jürgen Rose
29.07.1940 Manfred Heyer

06.08.1940 Jürgen Fricke
17.08.1940 Gisela Hagenah
27.08.1940 Christel Scholl

12.09.1940 Werner Steinmetz
16.09.1940 Wolfgang Waller
20.09.1940 Hans Daniel

03.11.1940 Alfred Schaltinat
12.11.1940 Horst Fischer
12.11.1940 Ingrid Schoer

05.12.1940 Irmgard Behrens
11.12.1940 Manfred Karschies
24.12.1940 Brigitte Budczinski

Geburtstagsliste der Ruheständler 70 Jahre

09.01.1935 Gotthold Ziehmann
13.01.1935 Klaus-Dieter Schittkow
21.01.1935 Gert Bodenhagen
25.01.1935 Heinrich Putfarcken

13.02.1935 Werner Hey

29.03.1935 Hans-Hermann Tippe
30.03.1935 Hermann Ott
31.03.1935 Georg Diener

02.04.1935 Elisabeth Trapp
03.04.1935 Heinz Tiedemann
20.04.1935 Lothar Dietrich
20.04.1935 Hans-Joachim Steusloff

02.05.1935 Harry Kitta
03.05.1935 Jürgen Gehrt
06.05.1935 Hans Krieger
11.05.1935 Uwe Berghausen
29.05.1935 Wolfgang Baumann
31.05.1935 Heinrich Scharpen

06.06.1935 Heidi Preuß

06.07.1935 Hans Reuß
18.07.1935 Walter Koch
23.07.1935 Jürgen Busch
26.07.1935 Winfried Konther
27.07.1935 Michael Hansel

14.08.1935 Hans-G. Twachtmann
27.08.1935 Werner Bräsch
29.08.1935 Axel Schemm

06.09.1935 Wilhelm Suhm
16.09.1935 Dieter Winkelmann
20.09.1935 Karl-Georg Neß
25.09.1935 Horst Burghardt
30.09.1935 Hannelore Hase

08.10.1935 Eberhard Beil

13.11.1935 Gerhard Heider
15.11.1935 Günther Braun
22.11.1935 Dieter Schröder

04.12.1935 Christel Frank
14.12.1935 Günter Dechow

Geburtstagsliste der Ruheständler 75 Jahre

05.01.1930 Hermann Zart
17.01.1930 Willy Körber

06.02.1930 Ingrid Busch
25.02.1930 Hans-Joachim Burmester

06.03.1930 Bernd Stolle
10.03.1930 Hans-Jürgen Kähler
31.03.1930 Erich Hicksch

18.04.1930 Horst Klünder

28.04.1930 Kurt Quasnitza

17.05.1930 Erich Heinemann

01.07.1930 Dietrich Kowalczyk

07.09.1930 Lothar Heise
12.09.1930 Fritz Haelbig
24.09.1930 Horst Grieger

15.10.1930 Christa Demitter

30.11.1930 Hans-Georg Brandt

02.12.1930 Klaus-Ullrich Finke

16.12.1930 Edeltraud Weymar

24.12.1930 Eberhard Holz

Geburtstagsliste der Ruheständler 80 Jahre

03.01.1925 Franz Schroeter
23.01.1925 Günther Cramer

02.02.1925 Franz Jeschek

06.03.1925 Hellmuth Schmidt
15.03.1925 Hans Rose
15.03.1925 Rudi Voigt
23.03.1925 Albert Holst
23.03.1925 Günther Kreuchauff

14.05.1925 Rudolf Berger
15.05.1925 Alfred Golgert
18.05.1925 Harro Tie
24.05.1925 Johannes Kastner
28.05.1925 Thaddäus Malepschy
28.05.1925 Heinz Rumler

01.06.1925 Günter Ringel

28.08.1925 Gerhard Oertel

02.09.1925 Wolfgang Graß
02.09.1925 Hugo Köhncke
28.09.1925 Bernd Grube

31.10.1925 Horst Grabowski

24.11.1925 Johannes Joachim

03.12.1925 Dieter Keltsch v. Bruck
14.12.1925 Kurt Heidenreich
24.12.1925 Arnold Bökel

Geburtstagsliste der Ruheständler 85 Jahre

07.01.1920 Werner Schoeneberg
21.01.1920 Friedrich Hagens

12.03.1920 Horst Chilian

12.06.1920 Karla Friedmann

11.07.1920 Karl Wedstedt
13.07.1920 Emil Karthaus

18.07.1920 Rolf Weise

29.09.1920 Gerhard Kube

01.10.1920 Hans-Werner Niemann

10.11.1920 Gertrud Berg
11.11.1920 Dr. John Langloh
18.11.1920 Günther Block

Geburtstagsliste der Ruheständler über 85 Jahre

07.01.1915 Otto Wagner
21.01.1918 Rudolf Albrecht
24.01.1915 Wulf Hilmers

07.02.1912 Ilse Drenkelfort
13.02.1914 Rudolf Heyer
18.02.1910 Josef Wild
25.02.1919 Werner Hamann
28.02.1914 Otto Below

01.03.1915 Helmut Intemann

06.04.1910 Heinrich Raßmann
08.04.1910 Heinrich Schorling
08.04.1911 Fritz Willers

04.05.1915 Karl Wassmann
18.05.1914 Oskar Koslowski
24.05.1909 Johannes Herber
25.05.1916 Irma Kohl
28.05.1914 Heinrich Brüren

16.06.1913 Helmut Hartwig
26.06.1919 Herbert Gottschalk
27.06.1916 Heinrich Sorge

10.07.1917 Karl-Heinz Weber

19.08.1911 Ernst Knispel
20.08.1919 Wilhelm Johannes
28.08.1914 Franz Kahle
29.08.1914 Reinhold Schmidt

11.09.1916 Herbert Sass
18.09.1913 Helmut Lemke
07.10.1918 Fritz Setzke
11.10.1912 Theodor Weber
11.10.1916 Gerhard Heidel
13.10.1919 Karl-Heinz Malow

01.11.1915 Georg Blüse
23.11.1919 Willi Beckmann

10.12.1917 Hans Wienert
14.12.1916 Josef Wiertelak
16.12.1913 Gerhard Küster
22.12.1912 Alfred Kleinworth
23.12.1918 Josef Wollmann

Verstorbene Kollegen

Dr. Jürgen Behling	20.02.2004
Ernst Biel	15.03.2004
Kurt Brunnabend	16.03.2004
Heinz-Friedrich Dammann	05.11.2004
Karl-Heinz Dzimalle	19.08.2004
Hans Geißler-Thoma	27.06.2004
Hans-Peter Karp	19.04.2004
Gerhard Kitzky	04.11.2004
Berthold Kühl	27.10.2004
Lothar Radtke	17.05.2004
Richard Riechers	29.02.2004
Dr. Rudolf Rössler	02.03.2004
Gerhard Saage	05.12.2003
Heinz-Rudolf Schröder	09.05.2004
Klaus Schulenburg	14.07.2004
Hans-J. Schwensfeger	17.06.2004
Otto Tetzel	12.08.2004
Kurt Walter	19.10.2004
Brigitte Willhoeft	06.07.2004